



Bericht und Beschlussempfehlung

des Europaausschusses

European Green Deal muss auch in der Krise die sozialökologische Wende bringen!

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2608

Der Landtag hat durch Plenarbeschluss vom 27. Januar 2021 den Antrag der Fraktion der SPD federführend an den Europaausschuss und mitberatend an den Umwelt- und Agrarausschuss überwiesen.

Der mitberatende Umwelt- und Agrarausschuss hat sich mit der Vorlage in mehreren Sitzungen, abschließend am 2. Juni 2021, befasst. Der federführende Europaausschuss beriet darüber ebenfalls in mehreren Sitzungen, abschließend am 17. Juni 2021. Er nahm das Thema zum Anlass für ein Gespräch mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments aus Schleswig-Holstein und Hamburg am 5. Mai 2021. Im Rahmen der Beratungen brachten die Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP alternativ zu Drucksache 19/2608 einen Antrag mit dem Titel „Green Deal umsetzen“ ein.

Der Umwelt- und Agrarausschuss empfahl dem federführenden Ausschuss jeweils mit den Stimmen der regierungstragenden Fraktionen gegen die Stimmen der Opposition, den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/2608, abzulehnen und den Antrag der Koalitionsfraktionen zu übernehmen und ihm zuzustimmen.

Die Empfehlung des Europaausschusses an den Landtag lautet ebenso mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen von SPD und SSW, dem Landtag zu empfehlen, den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/2608, abzulehnen. Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag außerdem - im Ergebnis übereinstimmend mit dem mitberatenden Umwelt- und Agrarausschuss - mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und des SSW gegen die Stimmen der Fraktion der SPD, den unten stehenden Koalitionsantrag mit dem Titel „Green Deal umsetzen“ zu übernehmen und ihm zuzustimmen:

„Der Landtag bekennt sich auch in der Corona-Pandemie zu den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens und zum europäischen ‚Green Deal‘, um eine effizientere Ressourcennutzung durch die Weiterentwicklung einer kreislauforientierten Wirtschaft zu fördern und die Weichen für eine klimaneutrale Zukunft zu stellen.

Der Landtag ist sich bewusst darüber, dass der Ausbau Erneuerbarer Energien und die Transformation aller Sektoren (Wirtschaft, Industrie, Wohnungsbau, Verkehr, Landwirtschaft) bei gleichzeitiger Sicherung von Sozialverträglichkeit und Wohlstand nur gelingen kann, wenn auf Bundesebene und europäischer Ebene wesentliche Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Der Landtag bittet daher die Landesregierung, sich dafür einzusetzen, dass sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene insbesondere für eine Ausweitung des Emissionshandelssystems mit absinkender CO₂-Grenze auf die Bereiche Verkehr, Wärme und Landwirtschaft bei gleichzeitiger Technologie-neutralität einsetzt.

Jetzt ist die Zeit, um in eine erfolgreiche, klimaneutrale Europäische Union zu investieren, die gleichzeitig sowohl wirtschaftliche Stärke, Wohlstand, Innovationsfähigkeit, soziale Absicherung und zukunftsfähige Arbeitsplätze für alle Europäer sichert als auch Klima und natürliche Ressourcen nachdrücklich schützt.

Dazu gehören:

1. Das Einhalten der Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens durch wirksame Reduktionsziele und Maßnahmen auf Basis neuer Erkenntnisse zum fortschreitenden Klimawandel,
2. die Umsetzung einer von der Kommission vorgeschlagenen Strategie zur nachhaltigen Lebensmittelproduktion,
3. ein neuer Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft einschließlich einer Initiative für nachhaltigere Produkte,
4. die Umsetzung der Biodiversitätsstrategie 2030 mit besonderer Berücksichtigung der Vorschläge für den Meeresschutz,
5. eine europäische Wasserstoffstrategie der Erneuerbaren Energien,
6. die Förderung der energetischen Sanierung von Gebäuden,

7. Umschulungs- und Weiterbildungsprogramme für die vom Strukturwandel betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,
8. eine wirksame Anpassung des administrativen und regulatorischen Rahmens die ein klimaneutrales Wirtschaften entlastet und klimaschädliches Wirtschaften belastet.

Der Landtag stellt fest, dass der europäische ‚Green Deal‘ zu einer neuen Wachstumsstrategie für Europa werden muss, die trotz der Corona-Pandemie die CO₂-Emissionen senkt, die Klimaresilienz stärkt, Wohlstand und Wertschöpfung sichert und neue Arbeitsplätze schafft. Damit dies gelingt, bittet der Landtag, sich auf Bundesebene ferner dafür einzusetzen, dass

1. die Maßnahmen des europäischen Green Deals bei Einhaltung der Ziele und Zwischenziele zur Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens entlang des Dreiklangs ökologischer Tragfähigkeit, wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und sozialer Gerechtigkeit ausgestaltet werden, um Klimaschutz mit dem Erhalt von Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätzen in Einklang zu bringen,
2. die im Rahmen des Green Deals angekündigten schnelleren Planungs- und Genehmigungsverfahren ermöglicht werden, um die von der EU-Kommission gerügten, langen Verfahrenszeiten in Deutschland zu verkürzen,
3. das europäische Außenhandelsrecht und Wettbewerbsrecht auf seine Zukunftstauglichkeit hin überprüft wird,
4. Mittel aus dem ‚Fonds für den gerechten Übergang‘ in die Weiterentwicklung innovativer Projekte der Sektorenkopplung der Erneuerbaren in alle Wirtschaftsbereiche eingesetzt werden, dazu gehören auch Ausbau kommunaler Wärmenetze oder die Wasserstoffherzeugung im Rahmen der schleswig-holsteinischen Wasserstoffstrategie,
5. wirksame steuerliche, förderpolitische und beihilferechtliche Rahmenbedingungen für Investitionen in klimaschützende Technologien geschaffen werden,
6. die europäische Industrie, sowie die klein- und mittelständischen Unternehmen, die Motor für klimaneutrale Innovation, nachhaltiges Wachstum und gerechten Wohlstand in Europa sind, nicht zur Vermeidung klimaschutzbedingter Kosten in Drittstaaten verlagert werden, sondern Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Europa und damit auch in Schleswig-Holstein erhalten bleiben,
7. die Standortvorteile von Schleswig-Holstein für die Erzeugung von Strom und Gasen aus regenerativen Energiequellen und das erhebliche Innovationspotential in der Verwendung von Strom aus erneuerbaren Quellen genutzt werden, um zu einer Modellregion für die Umsetzung des europäischen ‚Green Deal‘ zu werden. Schleswig-Holstein kann mit zukunftsweisenden Innovationen, mit einer starken Unterstützung der Wissenschaft und Forschung sowie mit Innovatoren aus dem heimischen Mittelstand dazu beitragen, die ambitionierten Klimaschutzziele der Europäischen

Union zu erreichen und den europäischen ‚Green Deal‘ sozial- und wohlförderungsfähig umsetzen.“

Wolfgang Baasch
Vorsitzender